

Wir fragen Sie,
sehr geehrte Frau Michels,
was sie für die **Sicherheit der Juden** und des **Staates Israel** und gegen den zunehmenden **Antisemitismus** unternehmen werden:

1. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um den zunehmenden **Antisemitismus** in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?

Wie es auch im Europawahlprogramm der LINKEN verankert ist, trete ich gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze ein. Gemeinsam stehen wir Linken antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LSBTTIQ*-Feindlichkeit entschieden entgegen und fordern gleiche Rechte für alle. Gerade Deutschland trägt wegen der beispiellosen Verbrechen der Nazis an Jüd*innen während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung. Antisemitismus und auch die europaweite Zunahme antisemitischer Gewalt- und Hassverbrechen ist keineswegs ein importiertes Problem. Er ist in allen Gesellschaftsschichten und politischen Richtungen vertreten, aber in einem Lager deutlich am stärksten: unter Rechtsradikalen. Wir stellen uns daher auch gegen rechtspopulistische Versuche, Muslim*innen gegen Jüd*innen auszuspielen. Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei DIE LINKE. Für uns bedeutet das: Zurückdrängen aller extrem rechten, rechtspopulistischen und rassistischen Ideologien, Parteien und Bewegungen; Bekämpfung aller althergebrachten und neuen Formen des Antisemitismus; die Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus und mit allen Ideologien, die von Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen; Pflege des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der antifaschistischen Bewegung. Um Antisemitismus zurückzudrängen, braucht es mehr und bessere Bildung über die Verbrechen des Faschismus, über antisemitische Bilder in der heutigen Gesellschaft sowie über Formen interkultureller und interreligiöser Vernetzung und Bildung, für deren Förderung ich mich in meiner Arbeit an EU-Förderprogrammen sowohl in der Regionalpolitik wie auch in der Kultur- und Bildungspolitik einsetze.

2. In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den **Staat Israel**, einsetzen?

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegentreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehe ich für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen, lebensfähigen und mit seinen Nachbarn friedlich kooperierenden palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen. In den vergangenen fünf Jahren bin ich im Europäischen Parlament außerdem als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Knesset sowie als Mitglied der Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus aktiv gewesen. Im Rahmen dieses Mandats habe ich in den parlamentarischen Debatten stets betont, dass für die deutsche Linke das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar ist, dass das Sicherheitsempfinden Israels nicht unabhängig von seiner geopolitischen Lage zu betrachten ist, dass aber die Einhaltung von Völkerrecht, menschenrechtlicher und demokratischer Grundsätze durch Israel selbst erwartet werden kann, umso mehr, als dass es sich als einzige Demokratie im Nahen Osten bezeichnet. Darauf fußt im Übrigen auch das Assoziationsabkommen, dass Israel und die EU 1995 gemeinsam unterzeichnet haben.

Als einziges Vollmitglied der Linksfraktion GUE/NGL in der parlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu Israel habe ich darüber hinaus an mehreren interparlamentarischen Treffen EP-Knesset in Brüssel und Jerusalem teilgenommen. 2018 initiierte ich eine Reise der

GUE/NGL nach Israel, um dort vor Ort die Beziehungen meiner Fraktion mit progressiven israelischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften auszubauen. Diese Arbeit möchte ich in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

3. Wie werden sie sich verhalten, wenn im **EU-Parlament** eine **antisemitische Hetzrede** - wie die des Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas vom 23. Juni 2016 - gehalten wird und Abgeordnete einer solchen Hetzrede applaudieren?

Jede*r Abgeordnete*r ist ihrem/seinem Gewissen verpflichtet. Was Staatsmänner oder -frauen während ihrer offiziellen Reden sagen, wissen die Gastgeber nicht im Detail vorab. Einige Aspekte der genannten Rede waren problematisch. Kern der Rede war jedoch eine Absage gegen Gewalt und Verherrlichung von Extremismus. Abbas stellte klar, die palästinensische Seite wolle als zuverlässiger Partner wahrgenommen werden. Nicht nur deshalb gebe es die größten Bemühungen, eine Einheitsregierung herzustellen, also eine Regierung der nationalen Einheit aus allen Parteien, die sich an internationale Vereinbarungen hält. Er betonte jedoch: Es sei an der Zeit für das palästinensische Volk, in Freiheit zu leben, ohne Mauern und Sicherheitskontrollen. Die Besatzung verhindere nicht nur die Nutzung der vorhandenen Ressourcen auf palästinensischem Gebiet und damit die Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, des Tourismus' und damit auch den weiteren Ausbau des sozialen und Bildungssystems. Sie liefere auch Vorwände für Gewalt und Terrorismus. Es sei jedoch wichtig, sich gemeinsam gegen Terrorismus und Extremismus zu engagieren.

Zu erwähnen ist außerdem, dass in derselben Woche Israels Staatspräsident Reuven Rivlin ebenfalls im Plenum des Europaparlaments empfangen worden war. Er wiederum hatte betont, eine ganz grundlegende Ursache für den festgefahrenen Konflikt sei mangelndes Vertrauen zwischen den Parteien auf allen Ebenen und zwischen den Völkern. Rivlin rief die EU dazu auf, zur Vertrauensbildung zwischen beiden Parteien beizutragen. Es sei notwendig, den Teufelskreis voller Blut zu beenden. Für einen erfolgversprechenden Lösungsansatz seien unter anderem die Stärkung moderater Kräfte in der Region wie z.B. Jordanien und Ägypten, sowie die Entwicklung von Wirtschaft, Infrastruktur und Versorgung mit Wasser, Strom, Kanalisation in Gaza und West Bank (Rivlin verwendete die Bezeichnung Judäa und Samaria) zentral, um eine Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen zu können.

4. Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten **BDS-Bewegung** unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?

DIE LINKE hat sich von Boykottaufrufen gegenüber Israel distanziert und vertritt eine klare Haltung gegen Antisemitismus, die nicht zur Debatte steht. Ich persönlich halte Boykotte nicht für ein angemessenes Mittel auf politischer Ebene: Aufgabe von Politik ist die Aufrechterhaltung von Kommunikation gerade in Streitfragen, im Sinne friedlicher Konfliktlösung. Politischer Boykott hingegen beendet Kommunikation.

Differenzierter gestaltet sich die Frage bei zivilgesellschaftlichen und individuellen Aufrufen, denn ein Teil der BDS-Unterstützer versteht die Kampagne als zivilgesellschaftliche Möglichkeit friedlichen Protests. Gerade als Deutsche halte ich dennoch nichts von diesen Boykottaufrufen, schon gar nicht, wenn sie sich pauschal gegen israelische Produkte wenden und nicht differenzieren, ob Waren oder Dienstleistungen in Israel selbst oder in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten und Siedlungen unter israelischem Label produziert bzw. erbracht werden. Auch deshalb setzte ich mich in den vergangenen Jahren dafür ein, dass die EU-Gesetzgebung zur Kennzeichnung von Importwaren aus allen Drittländern durch die EU-Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden.

Für nicht sinnvoll halte ich kulturelle Boykotte, denn gerade Kultur- und Bildungsbegegnungen können zum Abbau von Vorurteilen beitragen.

Zugleich ist meines Erachtens die Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, einschließlich der Verweigerung des Zugangs zu öffentlichen Räumen, kein erfolgversprechendes Mittel im Umgang mit BDS. Auch hier gilt, dass die offene und zivile Auseinandersetzung über strittige Fragen elementarer Teil unserer Demokratie und unbedingt

zu verteidigen ist. Es gibt Forderungen von BDS-Unterstützern, die anders als die Forderungen nach Beendigung der Besetzung durchaus nicht einfach zu beantworten, sondern bekanntlich auch in den Beziehungen zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten große Hürden für eine einvernehmliche praktische Konfliktlösung sind. Doch es gilt, darüber zu sprechen und Lösungsvorschläge zu diskutieren, statt sie zu verbieten. Jegliche Hassrede, einschließlich antisemitischer Äußerungen sind dabei selbstredend nicht akzeptabel.

5. Wie sehen Sie die **Zukunft für Juden und Araber** für ein friedvolles, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen Israels?

Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten hat einige Voraussetzungen, die im Rahmen der langjährigen Debatte um eine Zwei-Staaten-Lösung allgemein bekannt sind: Es muss ein in jeder Hinsicht lebensfähiger Staat Palästina neben dem Staat Israel geschaffen werden. Beide Staaten müssen in sicheren und klar vereinbarten Grenzen existieren. Das geht nicht ohne die Auflösung der meisten Siedlungen, das geht nicht ohne funktionierende und verantwortliche staatliche Strukturen der palästinensischen Regierung. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge muss durch Israel anerkannt und mit Palästina gelöst werden. Politische, wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und damit vor allem zivilgesellschaftliche Beziehungen müssen zwischen Israel und Palästina sowie den anderen Ländern des Nahen Ostens schrittweise aufgebaut werden, damit die Akzeptanz für Israel im Nahen Osten wächst, das Existenzrecht Israels nicht länger politisch angezweifelt und in Perspektive aus Feindschaft Freundschaft wird.

Zugleich gibt es zahlreiche gesellschaftliche Konflikte innerhalb Israels. Arabische Palästinenser stellen mit 20% die größte eine Minderheit, von der jedoch längst nicht alle derselben Religion oder politischen Überzeugungen anhängen. Die reale Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Israelis ist eine Voraussetzung für das Zusammenleben in diesem Land. Zugleich sind die Konflikte um die israelische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, die Stellung arabischer Juden in der Gesellschaft ebenso wie der Beduinen, soziale Ungleichheit insgesamt zentrale Fragen und Konfliktherde auch der israelischen Gesellschaft.

Wenn heute Debatten um die Unmöglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die Möglichkeit einer Ein-Staaten-Lösung beginnen, dann muss auch hier klar sein, dass die genannten Konflikte gesamtgesellschaftlich diskutiert und demokratisch gelöst werden müssen, statt im Sinne der Interessen einer elitären, konservativen, männlich dominierten Politik der absehbaren Regierung entschieden. Israel könnte so versuchen, eine kulturelle Macht d e s Nahen Ostens zu werden, in seiner wunderbaren Vielfalt, statt zu versuchen, kulturell Europa im Nahen Osten zu sein.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten **europäischen Steuergelder** nicht mehr dafür missbraucht werden, Terroristen zu alimentieren und Hetze gegen Israel in Schulbüchern etc. zu fördern?

EU-Mittel - ob nun als Hilfgelder oder im Rahmen wirtschaftlicher Kooperation - dürfen meiner Meinung nach weder für Hetzschriften verwandt werden, noch für Forschung oder Einsatz militärischer Zwecke, noch für Forschung und Produktion von (Sicherheits-)Technologien, die repressive Maßnahmen erleichtern. Die EU hat dafür Kriterien. Ich bin dafür, sie allen Staaten gegenüber gewissenhafter anzuwenden und die Einhaltung besser zu kontrollieren. Speziell zum Thema palästinensischer Schulbücher ist zu sagen, dass nach internationalen Studien sowohl palästinensische als auch israelische Schulbücher jeweils den eigenen Narrativen folgen, die sich tatsächlich fundamental unterscheiden und ein negatives Bild des jeweils anderen zeichnen. Umso wichtiger ist ein substanzieller Friedens- und Aussöhnungsprozess,

der auch und besonders Räume für Begegnungen unterstützenden Austausch zwischen jungen Menschen beinhaltet. Dazu ist zu erwähnen, dass EU-Gelder nicht zur Produktion von Schulbüchern gezahlt werden, sondern für den Aufbau von Bildungseinrichtungen - vor allem für palästinensische Kinder. Seitens des EP gab es in dieser Legislaturperiode zudem Anfragen an die EU-Kommission, gerade hinsichtlich des Abriss und der Beschlagnahme palästinensischer Bauten, einschließlich Schulen, von denen einige von der EU und ihren Mitgliedstaaten finanziert wurden, durch israelische Stellen.

7. Wie werden Sie vorgehen, damit die dauernden einseitigen Verurteilungen Israels in den Versammlungen und Gremien der **Vereinten Nationen** endlich aufhören?

Die Vereinten Nationen und ihre Organe sind internationale Organisationen der Nationalstaaten, in denen das jeder Staat mit nur einer Stimme spricht. Wünschenswert wäre eine Weiterentwicklung dieser Form der internationalen friedlichen Zusammenarbeit durch ein breiter aufgestelltes Demokratiesystem - denkbar wäre eine parlamentarische gewählte Versammlung, die auch oppositionelle Kräfte einschließt. Wahrscheinlich würden in solch einem Parlament viele weitere Fälle von Verletzungen internationalen Rechts diskutiert und verurteilt werden und auch die Positionierung zum Nahostkonflikt ausdifferenzierter ausfallen - wie es ja im Europäischen Parlament durchaus der Fall ist.

8. Was werden Sie tun, um der fatalen Rolle der Flüchtlingsorganisation **UNRWA** in der Perpetuierung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein Ende zu bereiten?

Die Europäische Union und die UNRWA unterhalten eine strategische Partnerschaft, deren gemeinsames Ziel es ist, die Bedürfnisse der palästinensischen Flüchtlinge nach menschlicher Entwicklung, humanitärer Hilfe und Schutz zu fördern und die Stabilität im Nahen Osten zu fördern. Die Europäische Union ist der größte multilaterale Geber internationaler Hilfe für palästinensische Flüchtlinge. Diese zuverlässige und vorhersehbare Unterstützung durch die Europäische Union ermöglicht es der UNRWA, täglich eine qualitativ hochwertige Ausbildung für rund eine halbe Million Kinder und eine medizinische Grundversorgung für mehr als 3,5 Millionen Patienten in Jordanien, Syrien, im Libanon, im Westjordanland und im Gazastreifen bereitzustellen. Auf diese Weise konnten Millionen palästinensischer Flüchtlinge besser ausgebildet werden, ein gesünderes Leben führen, Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten und ihre Lebensbedingungen verbessern, was zur Entwicklung der gesamten Region beiträgt.

Gemeinsam mit meiner Fraktion habe ich die Aufstockung der EU-Unterstützung für das Flüchtlingshilfswerk stets unterstützt, umso mehr, als die Regierung der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump ihre Unterstützung eingestellt hat.

9. Wie werden Sie mit der Forderung der Vereinten Nationen an Israel, die **Golanhöhen** zurückzugeben und die dort lebende Bevölkerung einem menschenverachtenden Diktator auszuliefern, umgehen?

Die Besetzung der Golan-Höhen widerspricht dem Völkerrecht.

10. Welche Schritte planen Sie gegen die Existenzbedrohung Israels durch das **iranische Regime**?

Wie wollen Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?

DIE LINKE. steht dafür ein, das Iran-Abkommen (JPCOA - Joint Comprehensive Plan of Action) zu erhalten und seine Umsetzung durch alle Seiten zu garantieren, natürlich möglichst auch die Rückkehr der USA zu diesem Abkommen. Wir halten die Sanktionen der USA für ebenso falsch und gefährlich wie Irans Ultimatum. Die Weiterentwicklung des iranischen Raketenprogramms und Marschflugkörperstest zum 40. Jahrestag der islamischen Revolution sind nicht von der Hand zu weisen und zu kritisieren. Doch die Vermischung mit dem JPCOA, dessen Verpflichtungen der Iran eingehalten hat, ist zu vermeiden. Vielmehr müssen die EU und die Staaten in der Region den politischen Dialog suchen, das ist Aufgabe der Politik. Allgemeine Sanktionen funktionieren erfahrungsgemäß in den seltensten Fällen.

Ebensowenig halten wir von den offensichtlich durch die Trump-Regierung verfolgten Regime-Change-Plänen - die Transformation eines Landes zu demokratischen und liberalen Strukturen fand noch nie auf der Grundlage von militärischem Druck und wirtschaftlichem Aushungern von außen statt, sondern wenn, dann durch Kooperation und Unterstützung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Einbindung in internationale Kooperation - die Entwicklung des Nachkriegsdeutschland mit dem Marshall-Plan ist ein Beispiel dafür.

Darüber hinaus lehnen wir sämtliche Waffenlieferungen in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ab, fordern die Bundesregierung auf, diese sofort zu unterbinden und keine weiteren Genehmigungen für Waffenexporte für dieses Krisen- und Spannungsgebiet zu erteilen. Die Androhungen von Gewalt durch alle Konfliktparteien in der Region muss zurückgewiesen werden, ohne die Sicherheitsinteressen der Konfliktparteien zu ignorieren.

Wir fordern eine Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten, um die sich zuspitzenden Konflikte in der Region diplomatisch zu lösen und zu einer nachhaltigen Abrüstung und friedlichen Koexistenz zu gelangen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ganz konkret und aktiv am Gelingen der zuletzt im Jahr 2018 erneuerten Initiative zur Einrichtung einer massenvernichtungsfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten mitwirken und sich dafür einsetzen, dass auch die USA und Israel an den Verhandlungen teilnehmen.